

Demokratisierung der Selbstverwaltungen

Demokratie heißt Volksherrschaft. Sie beruht auf dem Grundsatz, daß der Mehrheitswille des Volkes über die Führung der Verwaltung und der Wirtschaft entscheidet, damit die Demokratie nicht zu einer leeren Form wird.

Die Mehrheit des Volkes bilden die Arbeiter, Angestellten, Bauern, Gewerbetreibenden und die Intelligenz. Sie sollen die Träger und Gestalter der neuen demokratischen Ordnung sein. Ihnen gehört der entscheidende Einfluß im Staate, in der Wirtschaft und im kulturellen Leben. (Aus dem Entschließungsentwurf des Parteivorstandes zum 2. Parteitag der SED.)



Die Grundlage der neuen demokratischen Ordnung wurde in unserer Zone gemeinsam mit den Blockparteien geschaffen. Vor uns steht jetzt die Aufgabe der *Entwicklung der Demokratie*. Das ist keine leichte Arbeit. Der Schutt* und Trümmerhaufen, den die 12 Jahre Nazisystem auch in Hirnen und Herzen hinterlassen haben, ist unermesslich groß. Hinzu kommt, daß es für die an* zuwendenden neuen demokratischen Methoden in der Arbeit unserer Verwaltungen für unsere Verhältnisse fast keine Erfahrungen gibt. Die neuen demokratischen Methoden müssen erst entwickelt werden. Das ist um so schwieriger, als man in den Verwaltungen nur zu gern geneigt ist, sich in alten ausgetretenen bürokratischen Bahnen zu bewegen.

Die Entwicklung der* neuen Demokratie erfordert Initiative, engste Verbindung mit den Massen. Soll sie uns doch dazu bringen, allmählich die Grenze zwischen Verwaltung und Bevölkerung zu verwischen, ihr ist jedes Exerzierreglement und jede Bevormundung und vor allem jede Anleitung in Ton und Form von Divisionsbefehlen Feind. Und doch sind viele verantwortliche Funktionäre, besonders in den kleineren Orten, aber auch in den Kreisverwaltungen, auch heute noch zu sehr von dem Wunsche beseelt, für alle Arbeiten, die sie durchzuführen haben, Anordnungen und Befehle von oben oder, noch besser, ein ausführliches Exerzierreglement zu erhalten; leider auch für die Entwicklung neuer demokratischer Methoden. Trotzdem gibt es für die Anwendung solcher Methoden in allen Ländern der sowjetischen Besatzungszone schon ganz gute Ansätze. Es ist Aufgabe der leitenden Funktionäre in den Verwaltungen, diese Ansätze sorgfältig zu studieren und durch Erfahrungsaustausch zum Gemeingut aller zu machen, damit rasch die rechten Wege gefunden werden, um die Demokratisierung vorwärtszutreiben.

Im Lande Sachsen (wahrscheinlich auch in anderen Ländern) wurden bei der Frühjahrsaussaatkampagne in diesem Jahr neue Wege beschritten. Die Frühjahrsaussaat wurde zur Sache breiter Massen der Werktätigen gemacht. Der Landtag, die Parteien des demokratischen Blocks und der FDGB, der in Sachsen schon seit zwei Jahren ebenfalls zum Block gehört, wie auch alle anderen demokratischen Organisationen der Werktätigen haben schon lange vor Beginn der Frühjahrsbestellung die Aussaatkampagne zu ihrer eigenen Angelegenheit erklärt. Die Kreistage und Gemeindevertretungen schalteten sich ein. Jeder Kreistagsabgeordnete erhielt ein Gebiet zugeteilt, über das er für die Zeit der Frühjahrsbestellung gemeinsam mit dem ihm beigegebenen Ausschuß der demokratischen Parteien und Organisationen die volle Verantwortung zu übernehmen hatte. Ja, es gab bereits einen glücklichen Versuch, die Schüler der älteren Klassen in den Dienst der Sicherung der Frühjahrsaussaat zu stellen (siehe Nr. 6 des „Neuen Weg“). Die bei der Frühjahrsaussaat gemachten

Erfahrungen wurden Anfang Juni in einer gemeinsamen Konferenz älter Kreistagsvorsitzenden, Landräte, Oberbürgermeister, Stadtverordnetenvorsteher und dem Gemeindeausschuß des Sächsischen Landtags eingehend beraten. Die Erfahrungen einzelner Kreise wurden so zum Gemeingut aller.

Die in der Arbeit der Frühjahrsaussaat entwickelten neuen Methoden fanden ihre Fortführung und zum Teil ihre Verbesserung bei der Organisation des Flurschutzes. Ausgehend von der Erkenntnis, daß die dem Erbreich anvertrauten Saaten nur dann wirksam geschützt sind, wenn sie unter die Obhut aller Werktätigen gestellt werden, wurden die Träger des Flurschutzes die Gewerkschaften, die demokratischen Parteien und die demokratischen Organisationen, insbesondere die FDJ und der DFD (Demokratischer Frauenbund Deutschlands).

Jetzt gilt es, solche neue demokratische Methoden im Kampf gegen Schieber und Wirtschaftssaboteure, in der Ernteerfassung und in der Kontrolle der gerechten Verteilung der Lebensmittel weiterzuentwickeln.

Gewiß gibt es auch sehr viele Beispiele für den üblen Rückfall in die gälten bequemen Methoden". Es gab auch in Sachsen einige Kreise und vor allem Gemeinden, die sich die Sache mit dem Ernteschutz bürokratisch-einfach machen wollten. Sie erließen ein Ortsgesetz, durch das alle männlichen Bürger im Alter von 18 bis 45 Jahren zum Flurschutz verpflichtet wurden. Diese Ortsgesetze hatten zudem oft die Form und den Inhalt früherer Gestellungsbefehle. Es erübrigt sich, zu unterstreichen, daß es in jedem Falle gelungen ist, durch Fühlungnahme mit den entsprechenden Landräten und Bürgermeistern eine Änderung dieser „Ortsgesetze" herbeizuführen und den Flurschutz überall zur freiwilligen Angelegenheit der Bevölkerung zu machen.

Aber auch auf anderen Arbeitsgebieten sind ähnliche „Gestellungsbefehle" und „Ortssatzungen" erlassen worden. Das Arbeitsamt eines Kreises gab beispielsweise durch öffentlichen Anschlag bekannt: „Sämtliche männlichen Personen vom 18. bis zum 45. Lebensjahr haben sich zur amtsärztlichen Untersuchung zwecks Arbeitseinsatz zu melden." Oder in der Gemeinde Schweta im Kreise Oschatz wurde eine aus acht Paragraphen bestehende Ortssatzung über das Leichentragen angenommen, laut welcher bei Begräbnissen der in der Gemeinde verstorbenen Personen die Einwohner der Gemeinde Leichenträgerdienste zu leisten haben. Alle männlichen Einwohner von 20 bis 60 Jahre wurden zum Leichentragen verpflichtet. Das Bedauerliche ist, daß diese, mit Verlaub zu sagen, „Ortssatzung" am 14. Mai durch vier Unterschriften vom Gemeindeausschuß des Kreistages „gemäß § 52 Abs. 2 der demokratischen Gemeindeordnung für das Land Sachsen" gutgeheißen wurde. Solche undemokratischen Methoden können nicht geduldet werden.